Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 80 Pf., bei lokalen Anzeigen 60 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatliches Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 173 — Mittwoch, den 27. Juli 1921 — 49. Jahrgang

Vor der Lösung der oberschlesischen Frage.

(TU) Infolge der Verhandlungen zwischen Frankreich und England ist jetzt eine etwas bessere Atmosphäre geschaffen worden. Es ist aller Grund zu glauben, daß die oberschlesische Frage sich in der Lösung befindet. Es bestehen jetzt keine Mißverständnisse mehr über die Entsendung von Truppen, und auch die übrigen Fragen werden jedenfalls ebenso gelöst werden können. Die Sachverständigen, welche die oberschlesische Frage vor dem Zusammentritt des Obersten Rats untersuchen sollen, werden am Donnerstag in Paris im Ministerium des Aeußern zusammenkommen. Man versichert, daß die Vereinigten Staaten sich auf der Konferenz des Obersten Rates durch ihren Londoner Gesandten vertreten lassen werden. Die von der englischen Regierung ernannten Sachverständigen reisen heute abend nach Paris ab. Die italienischen Sachverständigen werden kaum vor Donnerstag in Paris eintreffen können. Die drei alliierten Kommissare in Oberschlesien, Sir Harald Stuart, General Lerond und General de Marinis werden für die Sitzung des Obersten Rates jedenfalls zur Verfügung stehen.

Der Oberste Rat am 4. August.

Reuter meldet amtlich, daß der Oberste Rat am 4. August in Paris zusammenkommen wird. Lord Curzon und Balfour werden Großbritannien vertreten. Es ist unwahrscheinlich, daß Lloyd George der Sitzung beiwohnen wird. Dagegen ist es so gut wie sicher, daß Bonomi und der Marquis de la Toretta an der Sitzung teilnehmen werden.

Wie der „Intransigeant" mitteilt, wird die Tagesordnung des Obersten Rates außer der oberschlesischen Frage noch folgende Punkte umfassen: Das Reglement der türkischen Meerenge, die Sanktionen, Bestrafung der Kriegsschuldigen, die Frage der belgischen Priorität sowie die damit im Zusammenhang stehenden Probleme, die Finanzhilfe für Frankreich und eine evtl. Hilfsaktion gegen die russische Hungerkatastrophe, endlich Probleme des nahen Ostens.

Verzicht Frankreichs auf Verstärkungen?

(TU) Der „Temps" bereitet in seinem gestrigen Leitartikel darauf vor, daß Frankreich auf die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien verzichten und sich mit einer Drohung am Rhein für den Fall deutscher Unruhen in Oberschlesien begnügen wird. — Von anderer Seite wird dagegen gemeldet, daß im Hafen von Le Havre eine aus 40 Transportdampfern bestehende französische Flotte bereit liegt, auf Befehl nach Antwerpen zu gehen und dort die 11. französische Division aufzunehmen.

Das Ziel des neuen Polenaufstandes — Oppeln.

(TU) Nach Aussagen von Flüchtlingen aus der Rosenberger Gegend haben die Insurgenten, die in der Nacht zum Montag über die Grenze kamen, geäußert, daß das Ziel des neuen Aufstandes unter allen Umständen Oppeln sein wird, um die Interalliierte Kommission zu zwingen, sich den Wünschen der Polen zu fügen. Das Scheitern des 3. Aufstandes sei lediglich darin zu suchen, daß es nicht gelungen ist, die I. A. K. zu überrennen.

Teilnahme Polens an der Ueberwachung der deutschen Entwaffnung?

(TU) Der „Kurjer Lwowski" meldet: Seit einiger Zeit schweben Verhandlungen zwischen den Alliierten und der polnischen Regierung über die Teilnahme Polens an der Kommission des Generals Nollet in Berlin, die Deutschlands Entwaffnung überwacht. Das genannte Blatt erklärt, daß die Frage aktuell geworden sei und in der nächsten Zeit zum Abschluß komme.

Schwere Explosionskatastrophe in Oberschlesien.

(TU) Eine schwere Explosionskatastrophe hat sich gestern in Krbewald ereignet. Dort befinden sich, im Walde gelegen, die oberschlesischen Sprengstoff- und Munitionswerke. Kurz vor 11 Uhr gab es mehrere heftige Detonationen, und im Zusammenhang damit flog plötzlich die ganze Fabrik in die Luft. Obgleich die Gebäude nicht vollständig zerstört sind, ist der Sachschaden bedeutend. Die Zahl der Toten beträgt mutmaßlich 15 bis 18. Ueber die Ursache der Explosion schwirren verschiedene Gerüchte. Nähere Einzelheiten lassen sich noch nicht angeben, weil alle in Betracht kommenden Personen den Tod unter den Trümmern fanden.

Neuer Generalstreik.

(TU) Von sozialdemokratischer Seite wird aus dem oberschlesischen Industriegebiet bestätigt, daß gestern nach Zusammenstößen zwischen deutschen und polnischen Bewaffneten in Rybnik und verschiedenen kleineren oberschlesischen Industrieorten der Generalstreik ausgebrochen ist. Sowohl in Rybnik als auch in anderen Orten wird von zuverlässigen Zeugen beobachtet, daß von polnischer Seite dort erneut große Waffenmengen verteilt wurden. Der deutschen Bevölkerung haben sich infolgedessen neue Befürchtungen bemächtigt.

Gesetzlosigkeit in Oberschlesien.

In Krappitz wurde der Arzt Dr. Kolb, als er nachts von einem Krankenbesuch kam und in der Finsternis nicht gleich seinen Ausweis fand, von französischen Soldaten mit Kolben niedergeschlagen. Er wurde dann die Nacht über an einen Pfahl so angebunden, daß er nur noch mit den Zehen den Erdboden berühren konnte. So mußte der schwerverletzte Mann die Nacht über ausharren. Einem Polizeibeamten, der seine Befreiung erwirken wollte, erging es nicht anders. Er wurde auch beraubt und von den Franzosen angespuckt. Erst am nächsten Tage wurden die Gefangenen freigelassen. Der französische Offizier hatte noch die Dreistigkeit, dem Bürgermeister, der die Freilassung noch während der Nacht erwirken wollte, zu erwidern, die Gefangenen schliefen ruhig. Dabei wurden sie in dieser unglaublichen Weise behandelt und gequält.

Wie aus Gleiwitz gemeldet wird, haben die Vertreter der oberschlesischen Bergwerke und Hütten nachstehendes Telegramm an die interalliierte Kommission gesandt: Die Leiter sämtlicher oberschlesischer Berg- und Hüttenwerke weisen darauf hin, daß trotz „Liquidation des Aufstandes noch immer mehrere tausend Beamte und Arbeiter durch den auf den Werken und Bahnhöfen herrschenden Terror verhindert werden, ihrer Beschäftigung nachzukommen. Die Verwaltung bittet dringend, die zur Beseitigung dieses Terrors auf den Werken und Bahnhöfen nötigen Sicherungen anzuwenden.

Das Wüten der russischen Hungersnot.

— Die Sowjetregierung gesteht endlich ein, daß die Hungersnot im Wolgagebiet bereits seit März, stellenweise seit Wintermitte wütet. Den Mut zur Beschönigung verlierend, schildert sie nunmehr in grausiger Schärfe das Elend. Die Hütten sind verlassen, die Höfe verödet. Die Landbevölkerung drängt in die Städte, um Brot zu erbetteln. Die Städte wiederum stellen Herden kraftloser vom Hunger aufgetriebener, vor den Augen sterbender menschlicher Körper dar. Von 1000 Menschen sind 800 zur Arbeit und jeglicher Anstrengung unfähig. Kräftigere irren in Massen durch die Felder, verdorrte Pflanzen rupfend, um den Hunger zu stillen. Ratten und Feldmäuse sind längst unerreichbare Leckerbissen geworden. Gefallenes Vieh und Aas wird gierig verschlungen. Der kleinste Bissen Brot ist unerreichbar. Eine Mischung von Wurzelmehl, gemahlenen Brennknochen und Lehm bildet Ersatz. Wer kann, flieht. Wohin das Auge reicht, sieht man sterbende, fallende, sterbende Menschen. Die Massenflucht ist so elementar, daß jeglicher Versuch, hemmend einzuwirken und Ordnung hineinzubringen, wirkungslos ist. In Moskau lagern Karawanen alteingesessener Wolga-Kolonisten, die Deutschland zustreben.

Die Ausbreitung der Cholera in Rußland.

ABC. Aus Helsingfors wird geschrieben: Laut Angaben des Volkskommissariats zur Erhaltung der Volksgesundheit sind in der Sowjetrepublik in der Zeit vom 1. Januar bis 6. Juli insgesamt 15 476 Cholerafälle registriert worden. Während der ersten vier Monate sind 827 Fälle registriert worden, auf den Mai entfallen 1311 Erkrankungen und auf den Juni nach Daten — die das Volkskommissariat selbst als nicht genau bezeichnet — 11 234 Erkrankungen. Die größte Ausbreitung hat die Epidemie in den Gouvernements: Astrachan, Samara, Seratow, Woronesh, im Dongebiet und Kubangebiet gefunden. Das heißt, gerade in den Gegenden, die von der Mißernte und Hungersnot am stärksten heimgesucht sind. Die Zahl der Erkrankungen in diesen Hungergouvernements schwankt zwischen 1000 bis 3000 für jedes einzelne Gouvernement. Längs der ganzen Wolga flußaufwärts bis Rybinsk sind Choleraerkrankungen festgestellt worden. In Kostroma sind 15 Cholerafälle registriert worden, in Petersburg 5. In der Stadt Moskau 156 und im Moskauer Gouvernement 276, von denen mehr als die Hälfte auf die Fabrikstadt Orechowo-Sujewo entfallen. Hier handelt es sich hauptsächlich um eingeschleppte Fälle. Die Arbeiter von Orechowo-Sujewo haben kürzlich, eine Fahrt nach Turkestan unternommen, um von dort Lebensmittel zu holen. Bei dieser Fahrt sind zahlreiche Leute erkrankt und haben dann die Cholera in ihre Heimatstadt eingeschleppt.

Riesenunterschlagungen in Sowjetrussland.

ABC. Aus Helsingfors wird geschrieben: Vor dem Moskauer Revolutionstribunal ist dieser Tage ein Prozeß verhandelt worden, der in ganz Rußland das größte Aufsehen erregt hat. Es handelt sich um die ständigen Diebstähle von elektrischen Glühlampen und anderem elektrischen Zubehör aus staatlichen Depots. Angeklagt waren 15 Personen, die durchweg in leitender Stellung in den Sowjetbehörden tätig waren. Die Angeklagten hatten sich systematisch mit dem Diebstahl von Glühlampen befaßt, die eben erst von der Sowjetregierung aus Deutschland eingeführt waren. Auch Leitungsdrähte, elektrische Apparate und anderes wurde entwendet, mitunter ganze Eisenbahnwaggons und dies alles dann für schweres Geld an Bauern verkauft. Das Tribunal verurteilte fünf Personen zum Tode durch Erschießen und zehn Personen zur Einreihung ins Konzentrationslager auf verschiedene Fristen.

Trimborn †.

Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages und der deutschen Zentrumspartei, ist Montag abend in Bonn an den Folgen einer Operation gestorben. Karl Trimborn wurde am 2. Dezember 1854 in Köln geboren. Er besuchte das Apostelgymnasium dort und studierte dann in Leipzig, München und Straßburg Rechtswissenschaften. Nach Abschluß seiner Studien ließ er sich in Köln als Rechtsanwalt nieder. In der Politik trat er erstmals im Jahre 1896 hervor. Er wurde damals als Kandidat des Zentrums in Köln für Reichstag und preußischen Landtag gewählt. Im Landtag vertrat er Köln bis zur Revolution von 1918. Bei der Reichstagswahl 1912 dagegen unterlag er in Köln dem Sozialdemokraten Hofrichter. Er kam dann aber doch in den Reichstag, und zwar für den Siegkreis, wo Dr. Becker sein Mandat niedergelegt hatte. Dort trat er mehr und mehr als einer der Hauptredner und Führer des Zentrums hervor. Nach der Besetzung Belgiens wurde Trimborn Referent im Generalgouvernement Belgien, und zwar für die Abteilung Unterricht und Kunst. Im Juli 1917 gab er jedoch diese Tätigkeit auf und widmete sich wieder völlig der parlamentarischen Tätigkeit. Im Kabinett des Prinzen Max von Baden war er dann von Anfang Oktober bis zum 9. November 1918 Staatssekretär des Innern.

Anläßlich des Todes Trimborns sandte der Reichspräsident folgendes Beileidstelegramm an die Reichstagsfraktion des Zentrums: Der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei spreche ich zu dem schweren Verlust ihres hochverdienten Vorsitzenden meine aufrichtige Teilnahme aus. Geheimrat Trimborn hat in jahrelanger hervorragender parlamentarischer Tätigkeit und führender Stellung unser politisches Leben entscheidend beeinflußt. Auch in den letzten Jahren stellte er sich mit vollster Hingabe in den Dienst des Vaterlandes. Dankbares und ehrendes Gedenken ist ihm gesichert.

Der Reichskanzler telegraphierte an die Zentrumsfraktion des Reichstages: Der Fraktion des Zentrums spreche ich zu dem schweren Verlust, den sie durch den Heimgang ihres Vorsitzenden des Staatssekretärs a. D. Dr. Trimborn erlitten hat, meine und der Reichsregierung aufrichtige und herzliche Teilnahme aus. Zeit über die Fraktion und Partei hinaus wird der Heimgang betrauert werden. Seine staatsmännischen Fähigkeiten, die Lauterkeit seines Wesens, sein warmes menschliches Empfinden und sein sprühender Geist sichern ihm in allen politischen Kreisen, die mit ihm zusammen gearbeitet haben, ein dankbares und ehrenvolles Andenken.

Onkel und Neffe.

Die „Times" fahren mit dem Abdruck der Erinnerungen von Sir Findley Lee über König Eduard fort. Der Verfasser geht auf den Bruch zwischen König Eduard und Exkaiser Wilhelm ein und sagt, der Onkel sei oft genötigt gewesen, seinem Neffen wegen seiner ungezügelten Sprache einen Tadel zu erteilen. In dem letzten Brief an den Exkaiser schrieb Eduard, es sei für den Weltfrieden wichtig, daß Deutschland und England Schulter an Schulter stünden. Wilhelm II. antwortete darauf, daß nur dadurch die Ideale der Christenheit gewahrt werden könnten. Gleichzeitig warnte der Exkaiser seinen Freund Nikolaus vor dem Erzbösewicht, der einen Kreuzzug gegen Deutschland und Rußland zu gleicher Zeit zu planen scheine. Der Exkaiser machte sich ferner bei König Eduard durch seine Gewohnheit, unaufgefordert Ratschläge zu erteilen, unbeliebt. So schrieb er einmal nach dem Besuche in Gibraltar einen Brief an König Eduard und gab ihm Ratschläge, wie er die Befestigungen dort entsprechend ändern müßte. Er begründete dies mit dem Hinweis darauf, daß er Feldmarschall der britischen Armee sei. Als besonderes Charakteristikum für die Korrespondenz des Exkaisers führt der Verfasser einen Ausschnitt aus einem Briefe an; dort schreibt Wilhelm II. an König Eduard: „Die Presse ist auf beiden Seiten fürchterlich, aber hier hat sie nichts zu sagen, denn ist bin der alleinige Schiedsrichter und Herr der deutschen Außenpolitik. Möge deine Regierung das niemals vergessen und mich nicht in die Notwendigkeit bringen, daß ich den Kopf nach der einen oder anderen Seite zu wenden haben würde, was für uns beide ein Unglück sein müßte."

Eröffnung des französischen Gewerkschaftskongresses in Lille.

Der außerordentliche Kongreß der französischen Gewerkschaften wurde Montag vormittag unter dem Vorsitz von Bondu in Lille eröffnet. Die Kommunisten versuchten sofort bei Beginn der Sitzung die Tribüne zu blockieren, aber Seeleute, die mit dem Ordnungsdienst beauftragt waren, verhinderten sie daran und zwangen sie, sich im Hintergrund des Saales niederzusetzen. 2800 Gewerkschaften sind durch etwa 1200 Delegierte vertreten. Schwedische und belgische Delegierte sind schon angekommen. Man erwartet noch die Ankunft der Italiener, Spanier und Deutschen. Wie verlautet, ist auch ein russischer Bolschewist, Lusowsky, Generalsekretär der 3. Internationale, in Lille eingetroffen. Ein Teil des Kongresses weigert sich, ihn anzuhören. Als erster Redner sprach Jouhaux, der zwei Entschließungen vorlegte. Die eine lautet zu Gunsten der Meinungsfreiheit gegen die Reaktion und fordert vollständige Amnestie. Die zweite fordert zur Unterstützung des hungernden russischen Volkes auf, zu welchem Zweck eine Sammlung eingeleitet werden soll. Dann beschäftigte sich der Kongreß mit der Ernennung von Kommissionen. Die Obstruktionsversuche der Kommunisten blieben erfolglos.

Nachmittags 3½ Uhr kam es zu schweren Zwischenfällen. Auf der Tribüne stand Demoulin. Er betonte die Notwendigkeit einer Abstimmung, die keinerlei Zweideutigkeiten aufkommen lassen könne. Der Kommunist Monmousseau versuchte ihn zu unterbrechen. Es entspann sich schließlich ein Handgemenge, das bald in eine allgemeine Rauferei ausartete. Stühle wurden geworfen. Der Anarchist Lecion feuerte mehrere Revolverschüsse gegen die Tribünen ab, ohne jemand tödlich zu verletzen, aber zahlreiche Kongreßmitglieder wurden durch Stockhiebe und Sesselschläge verletzt. Am schwersten verletzt ist der Sohn des Sekretärs der Gewerkschaft der Metallarbeiter in Lille, Deverney, der am Kopf eine schwere Wunde erhielt. Auch einige Journalisten wurden verletzt. Ein Sanitätsdienst war nicht organisiert. Der Kampf dauerte dreiviertel Stunde. Um 4¼ Uhr mußte die Sitzung aufgehoben werden.

Tagesereignisse.

— **Das Reichskabinett** trat gestern nachmittag zur Beratung politischer Tagesfragen zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichspräsident Ebert teilnahm. Vorher war der englische Botschafter im Auswärtigen Amt erschienen, um Herrn Dr. Rosen eine Mitteilung seiner Regierung zuzustellen.

— **(Angedrohte Landtagsauflösung in Sachsen.)** Die Grund- und Gewerbesteuern in den Ausschüssen des sächsischen Landtages sind mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und der Demokraten abgelehnt worden. Finanzminister Held erklärte darauf, daß, wenn auch das Plenum die Vorlage ablehnen sollte, die Regierung zurücktreten und der Landtag aufgelöst werde.

— **(Ein Streit um den Sohn Prinz Joachims.)** Vor der Zivilkammer des Landgerichts Potsdam wurde jetzt der Streit um die Herausgabe des Prinzen Karl Franz Josef, des Sohnes des verstorbenen Prinzen Joachim, ausgefochten. Prinz Eitel Friedrich, der den kleinen Prinzen nach dem Tode seines Vaters zu sich genommen hatte, verweigerte der Prinzessin Joachim die Herausgabe des Sohnes. Jetzt hat das Gericht dahin entschieden, daß Prinz Eitel Friedrich den Prinzen Karl Franz Josef binnen vier Wochen herausgeben muß. Der kleine Prinz ist somit seiner Mutter zugesprochen worden, da, wie es in dem Gerichtsgesetz heißt, das Hausgesetz der Hohenzollern keine Gültigkeit mehr habe.

— **(Die spanischen Verluste in Marokko.)** Aus Madrid wird dem „Journal" gemeldet, daß die spanischen Verluste an Toten und Verwundeten mindestens 5000 Mann betragen. — Die spanische Regierung hat beschlossen, verschiedene Kriegsschiffe nach Marokko zu senden. Die Regierung requiriert in Sevilla und Barcelona einige atlantische und andere große Dampfer für Truppentransporte. Es herrscht ein großer Betrieb im Artilleriepark von Cadiz.

— **Eine starke Industriekrise** herrscht in Mährisch-Ostrau. Die Witkowitzer Eisenwerke sahen sich genötigt, 1500 Arbeitern zu kündigen. Sie beabsichtigen, am 1. August weitere 1500 Arbeiter zu entlassen. Die chemischen Industrien in Oderfurt haben nur dadurch die Schließung ihrer Betriebe verhindern können, daß einer nach Prag entsandten Abordnung der Arbeiterschaft und der Betriebsräte staatliche Aufträge zugesichert wurden.

— **(Zum Berliner Dokumentenraub.** Wie mitgeteilt wird, ist in der Nähe von Berlin ein Mann verhaftet worden, der dringend verdächtig ist, an dem Einbruch in die Wohnung des Obersten von Freyberg beteiligt gewesen zu sein. Ueber den Ort der Verhaftung und über den Namen des Verhafteten wird vorläufiges Stillschweigen bewahrt.

— **Ungesetzliche Entlassung eines badischen Amtmanns.** Der Amtmann Baumann in Lörrach in Baden war vor einiger Zeit wegen Verweigerung des Eides auf die Verfassung auf Veranlassung des soz. Ministers Remmele aus seinem Dienst entlassen worden. Der Amtmann hat darauf einen Prozeß gegen den badischen Staat angestrengt. Das Landgericht Karlsruhe sprach das Urteil dahin, daß die Entlassung ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt und deshalb unwirksam sei. Baumann sei noch badischer Staatsbeamter und habe als solcher das Recht auf volles Gehalt.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 27. Juli. (**Verschiedenes.**) Die **67. Hauptversammlung des Evang. Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung** findet am 20. und 21. September 1921 in Bremen statt. Erzbischof D. Dr. Söderblom-Upsala in Schweden wird den Festgottesdienst im Dom leiten. Geheimrat Dr. Dietrich Schäfer aus Berlin wird über Gustav Adolf sprechen. Am 21. Sept. abends findet die Aufführung des Oratoriums von Bruch „Gustav Adolf" im Dom unter Leitung von Professor Rößler statt. Auskünfte erteilt im Namen des Arbeitsausschusses in Bremen Pastor Frick, Bremen, Hansastraße 43. Anfragen wegen Unterkunft bis zum 5. Sept. (Gasthof, Privatwohnung, Freiquartier) sind an den Empfangs- und Wohnungsausschuß z. H. des Herrn Ernst Engeling, Bremen, Sögestr. 49—53, zu richten.

Der Deutsch-evangelische Pfarrertag findet vom 18.—20. September in Heidelberg statt. Den Festgottesdienst am 18. hat General-Superintendent D. Zoellner übernommen. Der Hauptgegenstand der Verhandlung ist ein Vortrag des Univ.-Prof. von Schuberth über das Thema „Die Kirche und die Masse". Außerdem finden Beratungen über Standesfragen statt. Gleichzeitig tagt auch die Preußengruppe. Die Leitung des Deutsch-evangelischen Pfarrertages liegt in den Händen des Präses D. Kockelke-Schwelm.

(Frauen-Raucher- und Nichtraucherabteile bei der Eisenbahn.) Für die Einrichtung von Frauen-, Raucher- und Nichtraucher-Abteilen in den Zügen hat die Eisenbahnverwaltung folgende neue Bestimmungen erlassen: In jedem Zuge ist je ein Abteil 2., 3. und 4. Klasse als Frauenabteil zu bestimmen, wenn der Zug mindestens 7 Abteile der betreffenden Klasse führt. Die Züge und Wagenklassen, die Frauenabteile zu führen haben, werden durch den Zugbildungsplan bekannt gegeben. In der 1. Klasse, in Zügen, in denen sich keine Wagen mit geschlossenen Abteilen befinden, in Zügen, die von Haupt- und Nebenbahnen und umgekehrt übergehen, in Trieb- und ihren Anhängewagen, sowie im Nahverkehr, in Vorortzügen und auf Nebenbahnen werden Frauenabteile nicht geführt. Ausnahmen sind zulässig. Wenn auf einer Station mehrere Kurswagen gleicher Richtung zusammentreffen, sind Frauenabteile bis auf eins aufzuheben und als Nichtraucherabteile zu benutzen. Frauenabteile, die auf der letzten Haltestation vor der Zugendstation leer bleiben, sind aufzuheben und als Nichtraucherabteile zu benutzen. In den Personenzügen sind die Hälfte der Wagen oder Abteilungen 1., 2. und 3. Klasse, ein Drittel der Wagen oder Abteilungen 4. Klasse ohne Einrechnung der Frauenabteile für Nichtraucher zu bestimmen und demgemäß innen und außen zu bezeichnen. Bei ungeraden Zahlen sind die überschießenden Abteile für Raucher zu bestimmen. In Triebwagen ist das Rauchen verboten, in ihren Anhängewagen gestattet. Die in einzelnen Speisewagen befindlichen Abteile für den gewöhnlichen Verkehr sind für Nichtraucher zu bestimmen. Führt ein Zug nur ein Abteil 1., 2. oder 4. Klasse, so ist dann ein Aushang anzubringen, wonach im Abteil nur unter Zustimmung aller Mitreisenden geraucht werden darf. Nichtraucherabteile dürfen innerhalb der vorgeschriebenen Zahl nicht zu Raucherabteilen umgewandelt werden, auch wenn die Raucherabteile nicht ausreichen.

(Haftung des Spediteurs für Umzugsgut.) Die Speditionsfirma H. in Düsseldorf übernahm im Dezember 1918 die Besorgung des Umzugs für den Kaufmann S. in München zum Preise von 350 Mk. und verpflichtete sich, den Transport mit 10 000 Mark zu versichern. Die Inhaberin stellte die zur Verpackung benutzten Behältnisse vor der Verladung in den Flur des von ihr bewohnten Hauses. Dort wurden sie in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember durch Einbruch beraubt. Der Auftraggeber behauptet, daß zwei Kisten, ein Korb und eine Tonne fehlten. Er beziffert den erlittenen Schaden auf 7123 Mark. Das Landgericht Düsseldorf hat den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt mit der Begründung, daß die Beklagte bei der Aufbewahrung der Sachen die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht angewendet habe. Die Berufung der Beklagten ist vom Oberlandesgericht Düsseldorf zurückgewiesen worden. — Auf die Revision der Beklagten hat das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts zwar aufgehoben, jedoch mehr aus prozessualen Gründen wegen Unklarheiten bei der Begründung der Haftung. Zur Voraussetzung der Haftung der Beklagten heißt es in den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen unter anderem wie folgt: Es hätte untersucht werden müssen, in welcher Höhe gegebenenfalls der Kläger auf Grund des vorgesehenen Versicherungsvertrages Entschädigung erhalten haben würde. Und dann hätte auch geprüft werden müssen, wieweit die Beklagte schon als Frachtführer zu haften hat. Wenn auch eine Unterversicherung vorgelegen hätte, wie die Beklagte behauptet, so würde Kläger auch in diesem Falle einen Schadenersatzanspruch gegen die Versicherungsgesellschaft erlangt haben. Und soweit müßte die Beklagte ihm jetzt Ersatz leisten. Zur Klärung dieser ineinandergreifenden Streitfragen ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an einen andern Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen worden. (Aktenzeichen: I. 314/20. — 13. 4. 21.)

Die militärischen Vereine unserer Stadt begehen am Sonntag, den 14. August in der Schützenheide ein gemeinschaftliches Sommerfest. Sämtliche Vereine haben ihre Zustimmung gegeben mit Ausnahme des letzten, der am Sonntag darüber beschließen wird. Es steht zu hoffen, daß auch dieser Verein gern und freudig dem Gedanken eines kameradschaftlichen Festes zustimmt und damit wäre denn erreicht, was vor dem Kriege trotz mehrfacher Ansätze nicht gelang: Alle Vereine in echt kameradschaftlicher Art und bei freudvoller Feier zusammenzuschließen. Der Ueberschuß des Tages soll für eine allgemeine Krieger-Heldenehrung und Unterstützung von Kriegshinterbliebenen verwandt werden.

(b) **Herren-Werwe**, 27. Juli. **(Siedlungsbauten.)** Es ist geplant, in der Gemeinde weitere Siedlungsbauten mit zusammen 44 Wohnungen zu errichten.

(b) **Herren-Werwe**, 27. Juli. **(Mutwillige Zerstörungen.)** In der Roon- und Moltkestraße wurden hier vor einigen Nächten zwei elektrische Straßenlampen vollständig zertrümmert. Die feigen Gesellen, die an diesen, der Allgemeinheit dienenden Beleuchtungskörpern, ihr Mütchen kühlten, sind leider unerkannt entkommen. Wer die Täter namhaft oder Angaben machen kann, die zu ihrer Ergreifung dienen könnten, wird gebeten, dies der Polizei mitzuteilen.

(b) **Niederaden**, 27. Juli. **Um die Ziegenzucht** zu fördern, wurde hier ein Ziegenzucht-Verein ins Leben gerufen.

(b) **Niederaden**, 27. Juli. **(Erwischte Obstdiebe.)** Beim planmäßigen Plündern der Chaussee-Obstbäume wurden hier zwei Personen abgefaßt und zur Anzeige gebracht.

Dortmund, 26. Juli. **Einen schweren Automobilunfall** erlitt der Ingenieur und Baumaterialien-Großhändler Wilhelm Weber von hier, Westfalendamm 275, der sich mit einer Familie im Hunsrück bei Koblenz aufhielt. Infolge Versagens der Steuervorrichtung rannte der Kraftwagen in voller Fahrt gegen einen Grenzstein und zertrümmerte. Frau Weber war auf der Stelle tot, während Herr Weber so schwere innere Verletzungen davontrug, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

! **Hagen**, 26. Juli. **Ertrunken** ist an der Lenne-Fähre ein junger Mensch. Der Unglückliche bekam im Wasser einen Anfall von Herzschwäche und versank in die Tiefe. Ein Mitglied des Hagener Schauspielhauses, Herr Bernhard Lauscheck, der sich opferwillig um die Rettung des Versunkenen bemühte, konnte nach vieler Mühe und öfterem Tauchen leider nur den Leichnam des Verunglückten bergen.

(bu) **Gelsenkirchen**, 23. Juli. **(Trauung unter falschem Namen.)** Wegen einer nicht alltäglichen Urkundenfälschung hatte sich der Bergmann Friedrich Krutzki aus Gelsenkirchen vor der Essener Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte, der mehrfach wegen Eigentumsfrevels vorbestraft ist, mußte mehrfach seine Arbeit in Gelsenkirchener Betrieben wechseln, weil er unter der ständigen Kontrolle der Polizeibehörde in seiner Beschäftigung beeinträchtigt wurde. Um diesen Mißhelligkeiten aus dem Wege gehen und endgültig einer geregelten Tätigkeit nachgehen zu können, verfiel er auf folgenden Plan: Er erinnerte sich eines Tages eines ehemaligen Regimentskameraden namens Marka, der in Münster ansässig ist. Durch zweifelhafte Machenschaften wußte er sich in Münster in den Besitz von Ausweispapieren zu bringen, die auf den Namen des Händlers Theodor Marka ausgestellt wurden. Mit diesen Papieren ausgestattet, konnte er nunmehr unbehelligt seine Beschäftigung ausüben. Auf Grund dieser Papiere wurde er mit der Zeit unter falschem Namen in verschiedene behördliche Register eingetragen. In einige Schwierigkeiten aber geriet er, als er eines Tages heiraten wollte. Um diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, schrieb er an die Stadtverwaltung Münster und ließ sich die zur Heirat erforderlichen verschiedenen Urkunden auf den Namen Marka lautend ausstellen. Mit diesen Urkunden bewirkte er das Aufgebot und wurde alsdann auch unter diesem Namen getraut. Auch das vorzeitig geborene Kind ließ er auf den Namen Marka in die Standesamtsregister eintragen. Als sich später die Notwendigkeit ergab, sich gelegentlich mit den Personalien des Angeklagten zu beschäftigen, stellte die Behörde den Schwindel fest. Die Strafkammer berücksichtigte als strafmildernd, daß der Angeklagte unter dem Zwange der Notlage gehandelt hat und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

(bu) **Gelsenkirchen**, 25. Juli. **(Ueberfall auf ein Brautpaar.)** Nachts wurde ein Brautpaar, das auf dem Wege nach Hause war, von Banditen überfallen. Der Mann wurde von vier Personen zu Boden geschlagen und körperlich verletzt; dann schleppten die rohen Kerle das Mädchen mit aller Gewalt auf eine Wiese, um es zu vergewaltigen. Hierbei wurden ihm die Kleider und Wäsche zerrissen, außerdem wurde es körperlich schwer verletzt. Auf die Hilferufe des Mädchens eilten dann Leute aus den Nachbarhäusern herbei, wodurch die Banditen vertrieben wurden. Der Kriminalpolizei gelang es, die Täter festzunehmen.

(h) **Herne**, 25. Juli. **Ein freches Diebesstückchen** wurde hier am Donnerstag morgen verübt. Ein Buchhalter aus Münster hatte in Wanne einer kleinen Abschiedsfeier beigewohnt und kam in etwas angetrunkenem Zustande mit der elektrischen Straßenbahn nach Herne. In einer Wirtschaft nahe der Endstation der Straßenbahn hier stellte der Mann sein Gepäck unter. Plötzlich näherten sich dem Mann zwei Burschen im Alter von etwa 16 Jahren und fragten ihn, ob er nicht Bedürfnis nach einer Ruhestätte habe. Als der Mann das bejahte, führten die Burschen den Buchhalter bis hinter Schloß Strünkede, wo der Ermüdete es sich auf dem Rasen bequem machte und etwas einschlummerte. Nach etwa einer halben Stunde kam abermals einer der Burschen und sagte, er habe ein Bett bei seiner Tante für den Ermüdeten, in dem er ein paar Stunden schlafen könne. Als Schlafgeld verlangte der Bursche 5 Mk., erhielt aber von dem Buchhalter 10 Mark. Der Bursche führte dann den hier Fremden zu einem kleinen Haus unweit der Friedrichstraße, und sagte, er möge nun einen Augenblick warten. Im Fortgehen rief dann der Bursche höhnisch, wo der Mann denn seine Uhr habe. Jetzt bemerkte dieser, daß ihm seine goldene Sprungdeckeluhr (585 gestempelt und mit Monogramm K. K. versehen) gestohlen war, ebenso die zweigliedrige goldene Kette, 333 gestempelt. Uhr und Kette hatten einen Wert von 2500—3000 Mk. Eine Brieftasche mit etwa 2800 Mk. Inhalt war unberührt geblieben. Von dem frechen Diebe fehlt bisher noch jede Spur.

(bu) **Buer**, 26. Juli. **Ueber die Mär von den 1283 Gefangenen in Algier** schreibt die „Buersche Zeitung": Wir gaben gestern unter Vorbehalt ein angeblich verbürgtes Gerücht wieder, wonach ein Bueraner seinem Vater indirekt Mitteilung habe zukommen lassen, er sei bei den Kämpfen um Fort Vaux in französische Gefangenschaft geraten und werde nun mit 1200 Leidensgenossen, die in Arbeitskompagnien eingeteilt seien, unter unerträglichen Verhältnissen zurückgehalten. Die Ermittelungen haben nun ergeben, daß diese Schilderung von A bis Z erdichtet ist. Der angebliche Gefangene ist in Wirklichkeit während des Krieges in Deutschland gestorben, und zwar unter Umständen, über die der Vater aus Familienrücksichten nicht sprechen wollte. Um den Schleier des Geheimnisses zu wahren, erfand er jene Mär von den 1200 Gefangenen in Algier. So begreiflich die Motive sind, die den Vater zu der Verbreitung jenes Gerüchts veranlaßt haben, so bedauerlich ist es, daß er dem Gerücht eine politische Note gab, die der Sache eine Bedeutung von ungeheurer Tragweite geben mußte. Daß ein solches Gerücht schnell bekannt wurde und überall große Erbitterung hervorrief, ist selbstverständlich. Die Behörden haben infolge des Gerüchts umfangreiche Ermittelungen eingeleitet, die schließlich noch zu peinlichen politischen Auseinandersetzungen führen können. Der Fall zeigt wieder einmal, wie vorsichtig man Gerüchten gegenüber sein muß und welche Verantwortung die Veranlasser solcher Gerüchte auf sich nehmen.

(bu) **Dorsten**, 25. Juli. **(Unter Garben vom Blitz erschlagen.)** Vom Blitze getötet wurde bei einem Gewitter eine Frau aus Gahlen. Sie war mit anderen Frauen beim Garbenbinden. Als das Gewitter hereinbrach, flüchtete sie mit vier anderen Frauen unter aufgestellte Garben. Sie wollte dann aber nach Hause und eilte davon. Unterwegs suchte sie nochmals Schutz unter aufgestellten Garben, die dann plötzlich vom Blitz getroffen wurden, der sie tötete.

? **Münster**, 25. Juli. **Ein schwerer Einbruch** wurde nachts bei dem Wirt Kinnebrock an der Werse verübt. Die Diebe waren durch ein Fenster in den Saal gelangt und entwendeten hier zehn große Damasttücher, etwa 15 Wirtschaftsdecken und sonstige Sachen, darunter auch drei Fahrräder. Von hier aus begaben sie sich in den Schankraum und ließen Zigarren, Speck und sonstige Genußmittel mitgehen. Zum Schluß besaßen sie noch die Frechheit und drangen in die Schlafstube des alten K., dem sie einen Anzug stahlen. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf 8- bis 10 000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

? **Münster**, 25. Juli. **Aus dem Zuge** sprang ein Mann, der nach der Heilanstalt Marienthal gebracht werden sollte. Er stürzte sich in der Nähe der Schleuse aus dem Abortfenster und blieb bewußtlos liegen. Der Zug, durch die Notbremse zum Stehen gebracht, fuhr zurück und holte den Verunglückten, der in Münster zum Klemenshospital gebracht wurde. Nach Anlegung eines Verbandes konnte er von dort seinem Bestimmungsort zugeführt werden.

(g) **Niedermarsberg**, 23. Juli. Hier erschoß sich ein Knecht, ein Jüngling von etwa 18 Jahren. Aus ein paar hinterlassenen Zeilen schließt man, daß Liebeskummer die Veranlassung zum Selbstmord gegeben hat. Aber auch die Lektüre von Schund- und Schauerromanen scheint hier von großem Einfluß gewesen zu sein.

(g) **Paderborn**, 25. Juli. **(Zu Tode gequetscht.)** Im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder ist ein Bruder tödlich verunglückt. Er wollte den Speiseaufzug reinigen und stieg zu diesem Zwecke hinein. Plötzlich ging der Aufzug in die Höhe und der Bruder wurde totgequetscht.

(g) **Marienloh**, 25. Juli. **Einen tragischen Ausgang** nahm der Besuch des Lippespringer Schützenfestes am vorletzten Sonntag für die aus Schlesien stammenden, hier wohnhaften Eheleute Eisenbahnassistent Otto. Als diese in der Montagnacht von L. aus den Heimweg angetreten hatten, kam es unter ihnen

---

O selige Zeit!

Von den Rudern treten Silberperlen,
Der Kahn ruht einsam zwischen den Erlen.
Und ringsumher nur eitel Wonne —
In deinen Augen lacht die Sonne:
— Ich lehne an der rissigen Weide,
Goldfunken auf dem Sommerkleide
Rings um uns her ein Meer von Duft,
Glückstrunken zittert die heiße Luft.
Den Blick entrückt aneinander gebannt
Halten wir selig uns an der Hand.
Weit — weit und breit tiefschweigende Ruh,
Hier unsre Welt, du — ich, . . . ich — Du!
Wir beiden — und sonst nur Einsamkeit . . .
Der Himmel ist offen, o selige Zeit!

A. Glinthoff.

Gesprengte Fesseln

Roman von Hans Schulze.

(Nachdruck verboten.)

35. Fortsetzung.

Der Graf zog sich, sobald es irgend angängig war, unter dem Vorwande, noch mehrere dringende Rechnungsabschlüsse erledigen zu müssen, in sein Zimmer zurück; doch auch nach seinem Weggange wollte keine herzlichere Stimmung zwischen den beiden Frauen aufkommen.

Bald durchflog die Gräfin in nervöser Unruhe die Tageszeitungen, bald nahm sie ihre Schreibmappe oder eine Handarbeit vor, um sie im nächsten Augenblick wieder beiseite zu legen.

Dabei gab sie fortwährend so teilnahmsmerkte, wie weit sie mit ihren Gedanken der Gegenwart entrückt war.

Nach einer peinvoll-unbehaglichen Stunde des Zusammenseins trennten sich auch Mutter und Tochter.

Herta begab sich nach ihrem Zimmer hinauf, während die Gräfin mit dem Bemerken, den Gatten heute noch einmal sprechen zu wollen, weiter im Speisesaal zurückblieb.

Sie glaubte ihm die neueste Wendung der Dinge nicht länger vorenthalten zu dürfen; schon mit Rücksicht auf die morgen bevorstehende Unterredung Georgs und Käthes, die zu unübersehbaren Konsequenzen führen könnte, mußte er über den Stand der Angelegenheit wenigstens in großen Zügen orientiert sein.

Seit dem Abend ihrer Heimkehr aus Sinderode war das Thema der Verlobung zwischen den beiden Ehegatten nicht wieder berührt worden; Ruth wußte nur, daß der Graf seine sämtlichen Verhältnisse mit dem Justizrat Schröder auf das peinlichste geordnet und sich in jeder Weise auf eine Katastrophe gerüstet hatte.

Er arbeitete täglich bis in die späte Nacht hinein, teils allein, teils mit dem Oberrevisor, der sich in diesen Wochen zu allen Zeiten für ihn bereit halten mußte.

So traf sie den Gatten denn auch heute, als sie ihn nach langem Warten endlich in seinem Arbeitszimmer aufsuchte, mit seinem ersten Beamten in noch so eifriger Beratung über eine Drainageanlage, daß die beiden über große Karten und Pläne gebeugten Herren ihren Eintritt vollständig überhörten und sie sich unbemerkt wieder zurückziehen konnte.

Die Zufälligkeit kam Ruth sehr gelegen; der ganze Tag hatte sie bereits derart angegriffen, daß sie froh war, auf diese Weise einer letzten aufregenden Auseinandersetzung heute noch einmal aus dem Wege gehen zu können.

Erleichterten Herzens stieg sie die Treppe zu ihrem Schlafzimmer hinauf, um, wenn sie auch auf Stunden hinaus noch keinen Schlummer fand, doch wenigstens die todmüden Glieder im Bette ausstrecken zu können.

Als sie an Georgs Tür vorbeging, fiel ihr plötzlich Käthes Bestellung ein.

Seit vollen drei Tagen hatte sie den Sohn nicht mehr gesehen.

Halb unbewußt klinkte sie die Tür auf und fuhr fast erschrocken zurück, als ein schmaler Streif hellen Lampenscheins durch den Spalt auf den halbdunklen Korridor hinausfiel und zugleich die Stimme des Sohnes nach dem Namen des späten Besuchers fragte.

Jetzt öffnete sie die Tür ganz und stand im nächsten Augenblick in dem kleinen Raum.

Georg, der am Tisch gesessen, fuhr beim Anblick der Mutter verwirrt in die Höhe und schob einen Gegenstand, den er bis dahin in der Hand gehalten, mit einem hastigen Stoß unter einen Zeitungshaufen.

So schnell er diese Bewegung aber auch ausgeführt, die Mutter hatte doch gesehen, daß es das Bild seines Vaters gewesen war, das er vor ihr zu verbergen suchte.

Diese Bemerkung krappierte sie so, daß sie ein paar Augenblicke lang keinen einzigen Laut herauszubringen vermochte.

Endlich, nach einer qualvollen halben Minute, fand sie die Sprache wieder, und näher an den Tisch herantretend, legte sie schüchtern die Hand auf die Schulter des Sohnes.

„Verzeih, Georg", sagte sie, „daß ich noch so spät bei dir eindringe. Ich glaubte dich noch nicht daheim und wollte nur nachsehen, ob auch alles zur Nacht richtig für dich in Ordnung gebracht sei!" —

Es lag ein liebevoll-weicher, mütterlicher Ton in ihrer Stimme, daß Georg unwillkürlich schmerzgefoltert zusammenzuckte.

Eine heiße Sehnsucht überkam ihn plötzlich, die Mutter zu umarmen und zu bitten, ihm zu bestätigen, daß alles, was er gegen sie im Herzen trug, nichts anderes sei als ein häßlicher, grundloser Verdacht, ein törichtes Erzeugnis seiner erhitzten Phantasie, das wie der Nebel vor der aufgehenden Sonne vor einem einzigen ihrer Worte zerfloß.

Doch dann trat wieder das Bild des Mannes, das er soeben vor den Blicken der Mutter versteckt, anklagend vor seine Seele und schloß ihm den schon geöffneten Mund.

War diese Frau, die jetzt so bleich und abgehärmt vor ihm stand, einst eine Sünderin gewesen, die seinem Vater die Treue gebrochen hatte?

Er wagte kaum, ihr ins Auge zu sehen aus Furcht, daß er plötzlich die Herrschaft über seine Gedanken verlieren und ihr diese Frage brutal ins Gesicht schleudern könne.

„Ich glaubte euch schon alle zur Ruhe!" gab er nach langer Pause, seine Erregung mühsam meisternd zur Antwort. „Sonst wäre ich noch einmal heruntergekommen!"

Die Mutter schüttelte leise den Kopf.

„Das ist nicht die Wahrheit, Georg, du weichst aus: Glaubst du, ich habe es nicht schon längst bemerkt, daß du alle Tage absichtlich nach Raulehnen reitest, nur um uns hier aus dem Wege zu gehen. Willst du mir nicht sagen, was dich bedrückt?"

Mit verhaltenem Atem harrte sie seiner Entgegnung.

In Georgs Gesicht arbeitete es mächtig; ein Stück Papier, das ihm gerade in die Hände fiel, flog krampfhaft zusammengeballt auf den Fußboden.

Dann trat er mit einer brüsken Wendung plötzlich zum Fenster und lehnte die Stirn an den regenfeuchten Querbalken.

„Laß mich, Mutter! Mir kann niemand helfen: Du am wenigsten! Niemand auf der Welt! Geh, laß mich allein, oder ich weiß nicht mehr, was ich sage und tue!

So standen sie lange in lastendem Schweigen.

Irgendwo im Hause schlug mit bedächtig aushaltenden Tönen eine Uhr; im Park ging das leise Rauschen der Bäume zuweilen wie ferne, auf und abschwellende Meeresflut.

Endlich dämmerte Ruth das Bewußtsein auf, daß heute alle weitere Mühe, das Vertrauen des Sohnes zu erringen, doch vergeblich sein würde; nur ihren Auftrag glaubte sie noch ausrichten zu müssen.

„Ich habe Käthe heute in der Stadt getroffen!" sagte sie mit unsicherer Stimme. „Sie wünscht dich morgen zu sprechen und erwartet dich um sechs Uhr am Sinderoder Grenzstein der Rahnfelder Chaussee. Hörst du, Georg?" . . .

Ein dumpfer Laut der Zustimmung kam vom Fenster, doch der Sohn wandte sich nicht um.

Da schlich die Mutter wieder langsam hinaus.

Sie hatte nicht gewagt, ihrem Kinde „Gute Nacht" zu wünschen . . . .

(Forts. folgt.)

aus bisher unbekannter Ursache zu Streitigkeiten, in deren Verlauf die Ehefrau von anderen Passanten in Schutz genommen wurde, während der Mann arg mißhandelt worden sein soll. — Als die Eheleute daraufhin zu Hause angelangt waren, soll der Mann, der infolge häufiger Zwistigkeiten mit seiner Frau schon öfter Selbstmord beabsichtigte, aus einer Flasche eine größere Dosis Essigessenz getrunken haben, wodurch im Laufe des Montags die Ueberführung in das Vinzenzkrankenhaus Paderborn notwendig wurde. Der Zustand verschlimmerte sich mittlerweile derart, daß am Dienstag früh der Tod eintrat. Wie dem „Westf. Volksbl." darüber weiter mitgeteilt wird, soll Frau O. mehrere Verehrer gehabt haben, die sich in der fraglichen Nacht derartig an ihrem Mann vergriffen, daß dem Unglücklichen ein Auge ausgeschlagen wurde. In dem Verhalten der Frau ist demnach auch wohl die Ursache zu den ehelichen Streitigkeiten zu suchen.

(g) **Lipperode**, 26. Juli. **Den Tod durch Ertrinken** fand am Mittwoch abend der 22jährige Zimmerer Adolf Jülicher von hier. Der Unglücksfall ereignete sich oberhalb der Lippebrücke, die nach Dedinghausen führt. Vermutlich ist Herzschlag die Ursache des Todes, da der Ertrunkene ein guter Schwimmer war.

(g) **Ibbenbüren**, 25. Juli. **Ein Raub der Flammen** wurde das Anwesen des Wirts und Landwirts Prigge in der Bauernschaft Wechte. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Das Vieh wurde gerettet mit Ausnahme eines Schweines, das verbrannte; ein zweites Schwein mußte notgeschlachtet werden.

(bu) **Lenkerbeck**, 25. Juli. **(Ein Gehöft durch Blitzschlag eingeäschert.)** Ein schweres Gewitter suchte unseren Ort heim. Mehrfach schlug der Blitz ein. Folgenschwere Wirkungen hatte das Gewitter für das Kuhlmannsche Anwesen an der Lenkerbeck-Stuisener Straße. Durch Einschlag fing das Gehöft Feuer. Ehe die Feuerwehr eintreffen konnte, brannten Giebel, Dachgeschoß und ein großer Teil der Stallungen nieder. Ein Pferd kam in den Flammen um. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der angerichtete Schaden ist ziemlich hoch. Für die Frucht auf den Feldern war der mit Hagel vermischte Regen schädlich.

(g) **Bielefeld**, 23. Juli. **Eine Stiftung von 500 000 Mark** ist der Stadt Bielefeld zu ihrem Jubiläumsfest von wohlhabenden und hilfsbereiten Bürgern zuteil geworden. Es ist oft von der Not derer berichtet worden, die auf schmale Renten angewiesen sind. Unter den Friedensverhältnissen hatten sie ihr bescheidenes Auskommen, jetzt aber sind sie infolge der Geldentwertung in bitterste Not geraten, da sie sich bei ihrem Alter außerstande sehen, durch Berufsarbeit ihre Einkünfte zu vermehren. Ihnen soll aus der Jubiläumsstiftung die dringend notwendige Unterstützung werden. Vor allem sind es Industriekreise, die den Fonds geschaffen haben.

*

Westfälischer Bäcker-Verbandstag.

** **Siegen**, 25. Juli. Auf der Haupttagung des westfälischen Bäckerinnungsverbandes, die unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen der Provinz in Siegen stattfand, gelangten folgende Entschließungen zur einstimmigen Annahme: „Der Verbandstag der westfälischen Bäckerinnungen erwartet von dem Umlageverfahren die allmähliche Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft. Die Regierung wird gebeten, dafür zu sorgen, daß den zu harter Arbeit genötigten Bewohnern der Provinz Westfalen Brot aus reinem Brotgetreidemehl gegeben werden kann. Bei der Festsetzung der neuen Brotpreise bittet der Verbandstag die Kalkulation des Bäckergewerbes anzuerkennen oder zu beweisen, daß die Berechnungen falsch aufgestellt seien. Unter allen Umständen verlangt der Verbandstag, daß die wirtschaftlichen und Standes-Organisationen des Bäckergewerbes nicht zurückgestellt werden hinter die Konsumvereine und die anderen Betriebsarten in der Bäckerei. Diese Zurückstellung sei um so weniger gerechtfertigt, als 90 Prozent des in der Provinz Westfalen verbrauchten Brotes von den Mitgliedern des Verbandes hergestellt würde und damit bei allen die Mehl- und Brotwirtschaft betreffenden Ordnungen und Bestimmungen in erster Linie die Organe des Verbandes gehört werden müßten. Von den Mitgliedern des Verbandes erwartet der Verbandstag, daß sie in schwerer Arbeit ihre Pflicht erfüllen, die gemeinsamen Aufgaben gemeinsam regeln und arbeiten im Geiste des wahren deutschen und christlichen Solidarismus! Diese Arbeit ist der beste Dienst an dem niederliegenden, aber um so mehr geliebten Vaterlande." — Zu der steuerlichen Belastung des Mittelstandes wurde folgende Entschließung gefaßt: „Der Verbandstag der Bäckerinnungen bittet die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Reichs- und Landtage, sowie die Vertreter der Gemeinden und Parlamente, bei der Verwaltung der Steuergesetze auf die Lage des selbständigen Mittelstandes Rücksicht zu nehmen. Der Mittelstand ist bereit, die Steuern zu zahlen, die er unter Aufrechterhaltung seiner Existenz bei harter angestrengter Arbeit zu zahlen in der Lage ist. Der Verbandstag wendet sich aber gegen jedes Steuersystem, das den selbständigen Unternehmer im Mittelstande einseitig und ungerecht belastet und ihm auf die Dauer die Aufrechterhaltung seiner Existenz unmöglich macht. Ist schon die heutige Form der Umsatzsteuer mittelstandsfeindlich, so wird die Umsatzsteuer mittelstandsvernichtend, wenn die Steuer an sich wesentlich erhöht und die Form nicht geändert wird. Der Verbandstag beauftragt die Leitung des Verbandes, sich mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien im Reichstage und besonders den Spitzenorganisationen des Handwerks ins Benehmen zu setzen, um auf dem Verhandlungswege eine Form zu finden, die dem Reiche die erforderlichen Beträge sichert und dabei für alle Berufsstände als gerecht angesprochen werden kann." — Dann wurde noch folgende dritte Entschließung angenommen: „Der 41. Verbandstag des westfälischen Bäckerinnungsverbandes, dem fast 6000 selbständige Bäckermeister angehören, erhebt mit Entschiedenheit Einspruch gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften, den Lehrling in ein Arbeitsverhältnis zum Meister zu bringen, das Erziehungsverhältnis zu beseitigen und die Regelung des Lehrverhältnisses in den Tarifvertrag einzuschließen. Das westfälische Bäckergewerbe ist sich seiner Pflicht bewußt, aus dem Lehrling nicht nur einen tüchtigen Handwerker und Fachmann, sondern einen sittlich und geistig gebildeten Menschen zu bilden, um sich so einen, den Erfordernissen der Zukunft gerecht werdenden Nachwuchs zu sichern. Durch die Bestrebungen der Gewerkschaften wird die für die Erziehung des Lehrlings unbedingt notwendige Autorität des Meisters dem Lehrling gegenüber untergraben. Westfalens Bäckergewerbe wird mit aller Macht diesen Bestrebungen gegenübertreten und sieht in den bei den Innungen und Handwerkskammern bestehenden Gesellenausschüssen die genügende Möglichkeit für die Mitarbeit der Gesellen bei Heranbildung des Nachwuchses."

*

** **Düsseldorf**, 23. Juli. **Wegen Betrugs, schwerer Urkundenfälschung** und anderer Vergehen wurde hier ein Ingenieur Karl Lueg aus Ardey verhaftet. Er hatte sich als Dr. ing. und als Sohn eines bekannten Großindustriellen ausgegeben und konnte so eine Anzahl Personen um ganz erhebliche Beträge schädigen. Große Geldsummen erschwindelte er sich dadurch, daß er Wechsel ausstellte, für die keine Deckung vorhanden war. Von der Staatsanwaltschaft in Köln wurde er gleichfalls wegen Betruges gesucht.

(W) **Köln**, 26. Juli. **(Buchdruckerstreik.)** Die gesamten Kölner Buchdruckergehilfen sind seit gestern vormittag 12 Uhr in den Ausstand getreten. Sämtliche Zeitungsdruckereien sind geschlossen. Es wird eine Lohnerhöhung von 100 Mark pro Woche verlangt. Die vom Ausstand betroffenen Zeitungen geben bis auf weiteres ein gemeinsames Morgenblatt heraus unter dem Titel „Nachrichtenblatt der Kölner Zeitungen". Die „Rheinische Zeitung" und die „Sozialistische Republik" erscheinen, da sie die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben.

! **Mainz**, 22. Juli. **Einen schmerzhaften Lohn** seiner Dankbarkeit erntete ein Handwerksbursche auf seiner Wanderung von Worms nach Mainz, der sich mit noch einem Walzbruder zu einer Rheinreise zusammengefunden hatte. Um die Mittagszeit brachte sein „Kollege" aus einem alleinstehenden Gehöft eine ganze Pfanne mit Mehlspeise heraus, die beide mit Vergnügen verzehrten. Nach dem Schmaus sagte der Bringer: „Ich habe die Sache von den Leuten gebracht, nun trage Du die Pfanne zurück und bedanke Dich." Als der Handwerksbursche dies tat, wurde er von den erbosten Hausbewohnern windelweich geprügelt, denn sein Gefährte hatte die Speisen einfach gestohlen.

Kundgebung der evang. Lehrer- wie Lehrerinnenvereine von Rheinland und Westfalen gegen die Kampfansage des Deutschen Lehrervereins

Bekanntlich hat der Deutsche Lehrer-Verein bei seiner Pfingsttagung in Stuttgart in einer Entschließung dem Reichsschulgesetzentwurf um seiner Stellung zur Bekenntnisschule willen den schärfsten Kampf angesagt. Diese Entschließung hat den Verband Deutscher Evangelischer Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine, der eben als Spitzenorganisation der bestehenden evang. Lehrer- bezw. Lehrerinnen-Berufsvereine sich konstituiert hat, auf den Plan gerufen, um entgegen den Absichten des Deutschen Lehrer-Vereins mit aller Entschiedenheit die Rechte der evang. Bekenntnisschule auf Grund des Elternrechts und der Gewissensfreiheit zu vertreten. Am 9. Juli fand die erste öffentliche Kundgebung der rheinischen und westfälischen Vereine statt, die bei äußerst zahlreicher Beschickung — auch die entlegensten Teile beider Provinzen waren vertreten — einen erhebenden und begeisternden Verlauf nahm. Als Vorsitzender des Spitzenverbandes stellte Herr Rektor Adams-Barmen bei der Eröffnung die ganzen Verhandlungen auf den echten evang. Glaubensgrund, wie er uns durch unsern Dr. Martin Luther so klar gezeigt und von dem aus wir, gleich dem Helden von Wittenberg und Worms, mit unerschrockenem Mute und heiligem Glaubenseifer auch den erbittersten Gegnern begegnen können. — Herr Rektor Bohnenkamp-Minden beleuchtete in seinem Vortrag — Stellungnahme gegen die Kampfansage des Deutschen Lehrer-Vereins — aufs klarste den Wankelmut des Deutschen Lehrer-Vereins in seinen Schulforderungen der letzten Jahre. Der Deutsche Lehrer-Verein forderte bis zum Jahre 1919 die Simultanschule mit getrennt-konfessionellem Religionsunterricht. 1919 stellte er sich auf den Boden einer für alle gemeinsamen Schule, in der jedoch der Religionsunterricht außerhalb des Rahmens der ordentlichen Lehrfächer fallen sollte. Der Kirche überließ man die private Veranstaltung der religiösen Unterweisung in den Räumen der Schule. Damit betrat der D. L. V. grundsätzlich den Boden der weltlichen Schule. In Stuttgart forderte die Mehrzahl der anwesenden Vertreter eine erneute Prüfung der Frage des Religionsunterrichts. Somit kann man augenblicklich von einem klaren Schulprogramm des D. L. V. überhaupt nicht reden. Wohl ist der D. L. V. gegenwärtig einig in der Verurteilung des Gesetzentwurfs, aber über das, was werden soll, ist er sich keineswegs klar. Soll mit der Einbringung des Reichsschulgesetzentwurfs gewartet werden, bis sich der D. L. V. über die Schule der Zukunft einig ist? Ist der D. L. V. tatsächlich allein zur Lösung der Frage berufen? Ist die Schule lediglich um der Lehrer willen da und gelten Elternrecht und Gewissensfreiheit nichts? Nach eigenem Eingeständnis führender Persönlichkeiten aus dem D. L. V. stimmt eine große Anzahl der Mitglieder des D. L. V. den gefaßten Entschlüssen nicht zu. Die Gegenüberstellung jener Forderungen mit den Schulforderungen der Elternschaften und Parteien beweisen, daß der D. L. V. mit seinen Anschauungen sich ziemlich allein befindet. Die gesamte bewußt evangelische Lehrerschaft hält fest an der Forderung der Bekenntnisschule für alle Kinder, deren Eltern sie wünschen. Die übrigen mögen die Schule erstreben, die ihren Anschauungen entspricht. — Die mit ernster Sachlichkeit und Tiefgründigkeit vorgetragenen Widerlegungen und Entgegnungen zur Entschließung des D. L. V. wurden in folgender Gegen-Entschließung zusammengefaßt und diese fand einmütige Zustimmung:

„1. Die von dem Deutschen Lehrer-Verein beklagte Zerschlagung der deutschen Volksschule ist nicht die Folge gesetzgeberischer Willkür, sondern die Auswirkung des durch die herrschenden Parteien abgeschlossenen und in der Reichsverfassung niedergelegten Kompromisses, das im Hinblick auf die Weltanschauungsgegensätze im deutschen Volke die einheitliche christliche Volksschule zerschlagen hat. 2. Der Deutsche Lehrer-Verein erklärt, eine einheitliche deutsche Schule bauen zu wollen. In Wirklichkeit aber bedeutet sein Ansturm gegen die Bekenntnisschule nur die rücksichtslose völlige Zertrümmerung der christlichen Schule. Damit ist ein Kulturkampf eröffnet, wie ihn das deutsche Volk in seiner Geschichte bisher nicht gekannt hat. Er muß in seinen letzten Folgen die Grundlagen einer auf die sittliche Wiedergeburt des Volksgeistes gegründeten Erneuerung und zukunftsreichen Entwicklung des staatlichen Lebens zerstören. 3. Das Vorgehen des Deutschen Lehrervereins ist um so verhängnisvoller, da eine auf die innere Einheit unseres Volkes gegründete wahre Einheitsschule in der gegenwärtigen schweren Stunde völliger Zerrissenheit des Volksgeistes ausgeschlossen ist. Unserm Volke kann heute nicht eine auf staatliche Allgewalt gegründete Zwangsschule, sondern nur die Schule nützen, die sich auf Elternrecht und Gewissensfreiheit gründet. Darum erheben wir keinen Einspruch gegen die Zulassung simultaner und weltlicher Schulen neben den Bekenntnisschulen. Jeder dieser Schulen erwächst nun die Aufgabe, in ihrer Art dem Volksganzen und damit der Volkseinheit zu dienen. 4. Eine auf die Uebereinstimmung in der Weltanschauung gegründete Einheit des Lehrerstandes ist gegenwärtig unmöglich. Es ist aber jedem Lehrer durch die gesetzliche Sicherung verschiedener Schularten die Möglichkeit gegeben, die Schule zu wählen, die seiner innersten Ueberzeugung entspricht, und an dieser Schule das an keine äußere Schulart gebundene erziehungswissenschaftliche Schaffen auf jedem Unterrichtsgebiete zu betätigen. Es ist eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen, zu behaupten, daß die Bekenntnisschule eine unchristliche Schule sei. Sie wird eine christliche Schule sein, die unter der Oberleitung des Staates alle an der Erziehung beteiligten Volkskräfte zu einer segensvollen Arbeitsgemeinschaft vereint. Die evangelischen Lehrer und Lehrerinnen von Rheinland und Westfalen rufen alle auf dem Boden des Christentums stehenden Volkskreise auf, sich zu Schulgemeinden zu vereinen und jedem Ansturm gegen die christliche Schule mannhaft zu begegnen. Wir fordern alle Freunde des biblischen Evangeliums in der Lehrerschaft, Lehrer und Lehrerinnen auf, an dem entscheidungsschweren Kampf um die heiligsten Güter unseres Volkes entschlossen teilzunehmen, die evang. Elternschaft über die drohenden Gefahren aufzuklären und selbst in die Reihen des Berufsverbandes deutscher evang. Lehrer und Lehrerinnen einzutreten, wo sie neben der Wahrung hoher idealer Güter auch die Vertretung der äußeren Belange ihres Standes voll und ganz finden werden."

Der 2. Vortrag von Lehrerin Maria Spelsberg-Elberfeld begründete in treffendster Weise unsere Stellung zum Reichsschulgesetzentwurf. Wir fordern mit ganzer Entschiedenheit die Verabschiedung des Entwurfs, weil er die Grundprinzipien einer gesunden Schulverfassung, nämlich Elternrecht und Gewissensfreiheit, anerkennt und den Willen zu einer gerechten Ausführung des § 146 Abs. 2 der Reichsverfassung erkennen läßt. Aber der Entwurf weist viele Mängel auf. Darum müssen wir eine Reihe Einzelforderungen vorlegen und Berücksichtigung derselben verlangen. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Boden folgender Entschließung:

„Die evang. Lehrer- wie Lehrerinnen-Vereine von Rheinland und Westfalen erklären, daß sie den Reichsschulgesetzentwurf trotz wesentlicher Mängel als geeignete Grundlage zur Ausführung des Art. 146,2 der Reichsverfassung betrachtet, weil das Bestreben nicht zu verkennen ist, Gewissensfreiheit und Elternrecht, die Grundprinzipien einer gesunden Schulverfassung im Sinne und Geiste der Reichsverfassung, zur gesetzlichen Auswirkung zu bringen und dadurch einem gerechten Schulfrieden den Weg zu bahnen. Sie gibt ferner ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Ablehnung des Entwurfs durch die gesetzgebenden Faktoren den Schulkampf ins Maßlose steigern und zu einer heillosen Ordnungslosigkeit und Verwirrung auf dem Schulgebiete führen würde. Unbeschadet der grundsätzlichen Zustimmung hält die Versammlung aber eine Umarbeitung des Entwurfs im Sinne nachstehender Forderungen für notwendig: 1. Sicherung der Bekenntnisschule und des Elternrechts gegen Beeinträchtigung durch die Gesetzgebung der Länder. 2. Sicherung des bekenntnismäßigen Religionsunterrichts für konfessionelle Minderheiten in der „Gemeinschaftsschule". 3. Schutz christlicher Lehrer und Schulamtsbewerber gegen zwangsweise Anstellung an weltlichen und simultanen Schulen. 4. Ausdehnung des Antragsrechtes auf Einrichtung von Bekenntnisschulen und bekenntnisfreien Schulen auf alle Eltern. 5. Genaue Fassung des Begriffs „geordneter Schulbetrieb" und Sicherung der einklassigen Schule. 6. Wahrung des Elternrechts bei bekenntnismäßiger oder bekenntnisfreier Gestaltung der Sonderschulen oder Sonderklassen (§ 10 des Entwurfs). 7. Teilnahme aller Kinder, die nicht ordnungsmäßig von den Erziehungsberechtigten abgemeldet sind, am planmäßigen Religionsunterricht nach Art. 149 der Reichsverfassung. 8. Gesetzliche Anerkennung freier Schulgemeinden in Ergänzung des § 5 zur Lösung der idealen Aufgaben, die bisher den Elternbeiräten zugewiesen waren."

In eingehender Aussprache wurden noch manche Einzelfragen besprochen, u. a. auch die Frage nach der Aufsicht über den Religions-Unterricht. Trotzdem mehrfach ganz unzweideutig von seiten der Kirche erklärt worden ist, daß sie die geistliche Schulaufsicht, die sie im Auftrage des Staates früher auszuüben hatte, ablehnt, können die Gegner es nicht unterlassen, den Geistlichen sowohl als der evang. organisierten Lehrerschaft immer wieder die Absicht zu unterstellen, als wollten sie „die Schule an die Kirche verkaufen". Der Verband Deutscher Evang. Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine lehnt mit aller Entschiedenheit die geistliche Schulaufsicht ab, erklärt sich aber freudig zur Mitarbeit bereit, den Weg zu finden, auf dem das Recht der Religionsgemeinschaften auf Bürgschaft für eine religiöse Unterweisung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften gesichert werden kann. Die Vorsitzende des Vereins Deutscher Evang. Lehrerinnen, Frl. Cramer-Barmen, die das Amt der 2. Vorsitzenden im Spitzenverbande bekleidet, sprach kurz über die Stellung der Lehrerinnen-Organisationen zum Reichsschulgesetzentwurf. Der Allgem. Deutsche Lehrerinnen-Verein hat im Verfolg seiner zu Pfingsten in Halle satzungsgemäß festgelegten politischen und religiösen Neutralität in Nr. 5 der „Lehrerin" erklärt, daß er um dieser Neutralität willen von einer Stellungnahme zum Reichsschulgesetzentwurf absehen muß. Diese Erklärung wird allen evang. Lehrerinnen, die aus innerster Ueberzeugung für einheitlich evang.-christl. Jugenderziehung, für evang. Bekenntnisschulen eintreten, den Weg zeigen, wo sie in dieser Zeit des heißen Kampfes auf dem Schulgebiet zu stehen haben. Evangelisches Bewußtsein und evang. Glaubensüberzeugung lassen sich nicht in die Fesseln einer ertötenden Neutralität zwingen. Mit freudiger Begeisterung erklärte die Versammlung sich bereit, in dem aufgenommenen Abwehrkampf in treuester Mitarbeit hinter den Führern und Führerinnen stehen zu wollen.

An alle evangelischen Lehrer und Lehrerinnen in Deutschland ergeht der Aufruf: „Schließt euch zusammen zu evangelischen Berufsvereinen und helft, die Sache der evangelischen Bekenntnisschule zum Siege zu führen."

Erfreuliche Zahlen.

D. A. J. Die „Frauenhilfe fürs Ausland" bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: In einer Zeit, wo so vieles dazu angetan ist, uns mutlos zu machen, bereitet es doppelte Freude, wenn man einmal etwas Gutes hört. Das letzte Geschäftsjahr des Vereines „Frauenhilfe fürs Ausland" schließt mit einem Betrage von 566 003,57 Mark in Einnahme und Ausgabe ab bei einem Ueberschuß von 6727,80 Mk. Den Ehrenposten in der Einnahme nimmt die Auslandshilfe (d. h. aus dem Ausland stammende Gaben) mit der stattlichen Summe von 217 831,96 Mk. ein. Man komme nicht mit dem beliebten Einwand: ja die drüben über dem Wasser können es auch, bei ihrem günstigen Valutastand. Gewiß sind sie verhältnismäßig leistungsfähiger als wir, aber sie haben in ihren eigenen Ländern genug zu kämpfen; die Krisen ziehen wie Gespenster durch alle Erdteile. Und außerdem sind unter den Gaben viele, die aus Gemeinden stammen, die früher von uns aus unterstützt wurden und heute die ganze Last auf eigenen Schultern tragen müssen. Wir wollen uns doch die Freude an solchen Gaben nicht gewaltsam trüben, sondern den Schenkern von Herzen dankbar sein und nicht hinter ihnen zurückstehen. Es sei übrigens darauf hingewiesen, daß der genannte Verein in Wittenberg (Bez. Halle) ein Diakonissen-Mutterhaus („Katharinenstift") unterhält, in dem Schwestern für den Dienst in den deutsch-evangelischen Gemeinden des Auslandes ausgebildet werden. Wer dem Deutschtum einen wertvollen Dienst leisten will, unterstütze das Werk nicht nur durch Beiträge, sondern auch durch Werbung von neuen Schwestern. Wir brauchen die immer engere Verknüpfung mit dem Auslandsdeutschtum nicht bloß um der Ausgewanderten, sondern vor allem um unser selbst willen.

General Sylvestres Selbstmord bestätigt.

General Sylvestre, der die spanischen Truppen bei Melilla befehligte, hat sich tatsächlich selbst das Leben genommen. Ihm war die Munition ausgegangen, wodurch die Lage außerordentlich schwierig wurde. Sylvestre gab Befehl, die Stellung zu räumen und blieb selbst an Ort und Stelle, bis der letzte Mann abmarschiert war. Er drückte seinen Willen aus, allein zu bleiben. Aber sein Generalstab lehnte es ab, ihn zu verlassen. Wenige Augenblicke später waren der General und seine Stabsoffiziere tot. Ueber die Verluste der Spanier sind noch keine genauen Angaben bekannt, doch hält man sie für sehr schwer. Fest steht, daß die eingeborenen Truppen unter Sylvestre diesen verteten und zum Feinde übergingen.

Der spanische Ministerrat hält im königlichen Palast eine Dauersitzung. Der Kriegsminister empfängt fortgesetzt Journalisten, um ihnen die einlaufenden Nachrichten bekannt zu geben. Mehrere Garnisonen in Spanien erhielten den Auftrag, sich zum Abmarsch nach Marokko bereit zu halten.

*

— **(Die Anklageerhebung gegen v. Jagow.)** Nach Informationen der T.-U. ist die Anklage gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow wegen Teilnahme am Kapputsch jetzt nach Abschluß der Voruntersuchung von der Reichsanwaltschaft dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts zugestellt worden. Damit ist die Anklage gegen v. Jagow offiziell erhoben. Der erste Strafsenat wird gemäß der Strafprozeßordnung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen haben. Die Hauptverhandlung selbst wird vor dem 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts stattfinden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge und mit Rücksicht auf die bis zum 15. September dauernden Gerichtsferien darf man annehmen, daß die Hauptverhandlung frühestens im Oktober dieses Jahres stattfinden wird.

— **(Ein politischer Raubüberfall.)** Am Samstag abend drang eine siebenköpfige Bande in die in Charlottenburg gelegene Wohnung des ehemaligen russischen Obersten Freyberg ein, in der nur dessen Frau und ein ehemaliger russischer Kapitän anwesend waren. Die Eindringlinge gaben an, der Polizei anzugehören und zwangen die Ueberfallenen mit Waffengewalt zur Herausgabe sämtlicher in der Wohnung vorhandenen Papiere und Aktenstücke. Im ganzen wurden drei Koffer voll Skripturen und Zeitschriften mitgenommen. Geld und Schmucksachen wurden nicht geraubt. Oberst Freyberg ist von kommunistischer Seite mehrfach beschuldigt worden, ein Werbebüro für die russischen Weißgardisten zu unterhalten. Der Raubüberfall hat also einen politischen Hintergrund. Die Täter entkamen unerkannt in einem mitgebrachten Kraftwagen.

— **Werner Morne**, wegen Dynamitanschlag auf eine Eisenbahnbrücke in Ottawa während des Krieges zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, wurde für geisteskrank befunden. Die Regierung hat daraufhin seine Freilassung und Ausweisung nach Deutschland angeordnet.

Kleine Nachrichten.

Wie der „Vorwärts" erfährt, fand Montag eine Kabinettssitzung statt, die sich mit dem Programm des Friedensschlusses mit Amerika, sowie mit der oberschlesischen Frage beschäftigte.

Der frühere preußische Staatsminister Dr. Max v. Boseler ist gestern im 80. Lebensjahre gestorben.

Auf der Vulkan-Werft in Stettin gingen, wie die „Disch. Tagesztg." von dort meldet, zwei für die Rolandlinie in Bremen bestimmte Handelsschiffe von je 6000 Tonnen Tragfähigkeit vom Stapel. Jedes der beiden Schiffe ist 110 Meter lang und 15,5 Meter breit.

Eine in Wien von Angehörigen der ehemaligen österreichischen Kriegsflotte veranstaltete Lissafeier wurde von kommunistischen Elementen gesprengt, die in ihr eine monarchistische Kundgebung erblickten. Der am Nissadenkmal niedergelegte Kranz wurde von den Kommunisten zerrissen. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Die „Jugoslawa" meldet aus Belgrad, daß sich unter der Arbeiterschaft eine rote Garde gebildet hat, die nach dem Muster der russischen Bolschewisten organisiert ist und die Beseitigung jeder monarchistischen Herrschaft anstrebt.

Es wurde ein Vertrag unterzeichnet, der als Grundlage für ein Bündnis zwischen Litauen, Lettland und Estland in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht (Defensivbündnis) zu gelten hat.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 27. Juli. (Zur Mietserhöhung.) Die Dortmunder Zeitungen veröffentlichen einen Beschluß der städt. Behörden, wonach dort die Höchstmietensätze für Wohnräume um 85% und für solche, die gewerbl. Zwecken dienen, um 110% gegenüber den Sätzen vom Juli 1914 erhöht werden dürfen. — Es hat jahrelanger Vorstellungen und Bemühungen bedurft, um die Reichs- und Staatsbehörden zu einer Aenderung ihrer falschen Wohnungspolitik zu veranlassen. Jetzt endlich ist es gelungen und sofort hat die Verwaltung unserer Nachbarstadt daraus die Nutzanwendung gezogen. Sollte es nicht auch bei uns — die wir uns rühmen dürfen, demnächst die höchsten Gebäudesteuern zu zahlen — dringend an der Zeit sein, sich auf seine Pflicht zu besinnen gegenüber dem bisher entrechtet gewesenen und über das Maß des Erlaubten hinaus belasteten Hausbesitz?!

Civis.

Schuhe, sow. alle and. Lederwaren fürst man wie neu mit Brauns—Wilbra
Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Quedlinburg. Verlangen Sie Gratisbroschüre Nr. Z.

Nicht Kaufpreis
sondern Kilometerleistung ist ausschlaggebend. Je größer diese, desto sparsamer und billiger der Reifen. Darum fahr den bewährten
Continental
Pneumatik

Möbel auf Teilzahlung
Kredit erhält jeder!

Anzahlung Nebensache
Die Höhe der **An- u. Abzahlung bestimmt jed. Käufer selbst** mit.

Einzelmöbel
Kleiderschrank, Küchenbufett, Vertikow, Plüsch- u. Ledersofa, Chaiselongue, kompl. Bettstelle mit Matratze, Schreibtisch, Pfeilerspiegel, Trumeauxspiegel, Eimerschrank, Korbsessel, Korbsesseltische, Tische, Stühle, Waschkommode, Nachtkonsole, Matratze, Patentrahmen.

Komplette Küchen
Komplette Schlafzimmer
Geringe An- u. Abzahlung.

Kein Laden, daher billig.
Dortmunder Möbelheim,
Gutenbergstr. 58, im Hofe der Wagenfabrik Beukelmann.

Konditorei und Café
Otto Schneider
Bahnhofstraße 34, am Bahnhof.

Empfehle täglich frisch:
Kaffee-, Tee- u. Weingebäck, Kuchen, Torten, bunte Schüsseln.
Bestellungen auf Gebäck, Torten, Eis usw. zu allen Festlichkeiten werden prompt und pünktlich ausgeführt, auch nach auswärts.
Telephon 279.
Mein modernes Café bringe in empfehlende Erinnerung. 3325

Vergessen Sie nicht diesen Tag!

Kamen Juli **28** Donnerstag abds. 8 Uhr. Im Saale „Zum Westentor" Herrn Nagel.

Einmaliger grosser
Meister-Abend „Syloéro"
der geheimnisvolle Fremde.
Programm:
Ein Ausflug ins Traumland der Seele.
Rätselhafte Experimente.
Verwandlung von Menschen in Tiere.
Das B. T. schreibt: Wer Syloéro nicht gesehen, der hat viel in seinem Leben versäumt. 3288
Karten an der Abendkasse zu 5.— Mark.

Ausnahme-Angebot!
Schwere verzinkte
Eimer Stück 10,75
Gebr. Wolff.
3322

Herzogspaar
ZIGARETTEN
40 und 50 Pfg. **MALZMANN**
Allein-Engros-Vertrieb für den hiesigen Bezirk zu Fabrikoriginalpreisen.
Hans Dolle, Tabakfabrikate-Großhandlung,
Anruf Nr. 2. KAMEN Markt 16.

Alte, eingeführte Feuer-Versicherungs-Gesellschaft mit Unfall- und Haftpflicht-Abteilung sucht für **Kaiserau und Umgebung**
tüchtigen Vertreter.
Herren mit gutem Ruf und die am Platze gut eingeführt sind, sich der Ausbreitung des Geschäftes persönlich widmen, werden um Einreichung ihres Gesuches gebeten. Das bestehende Geschäft wird übertragen. Kleine Kaution erforderlich. 3324

Sämtl. Schreibutensilien
Schreib- und Kopiertinte
Stempelfarbe
vorrätig in der
Buchhandlung der Kamener Zeitung,
Weststrasse 10.



Achtung!
Donnerstag und Freitag ausnahmsweise prima frisches, fettes 3327
Fleisch
H. Jühe,
Schillstr. 1. Schillstr. 1.
Telephon 274.

Küchenmöbel
(gebraucht) billig zu verkaufen. 3329
Müller, Bergkamen,
Hohenzollernstr. 207.

Wir empfehlen:
la. Futtermehl Pfund 1.40
la. Gerstenmehl rein Pfund 1.70
la. Weizenkleie Pfund 1.45
la. Puddingpulver lose Pfd. 7.00
la. braune Seife Pfd. 3.50
la. Kernseife Doppelst. ½ Pfund 2.40
Gebr. Wolff.
3307

Keine Wanze mehr!
nur mit Mortin zu erzielen. Erfolg verblüffend, mehrjährige Garantie. Riecht nicht, macht keine Flecken Fl. 8.00 Mk. 1878
Drogerie W. Klinkmann, Weststrasse 1.



Musik-instrumente
aller Art
Bestandteile
Noten
in grosser Auswahl
Kamener Musikhaus
Markt 16. 3241

Neue und gebrauchte
Möbel aller Art
kompl. Küchen, Küchenschränke, Kleiderschränke, Bettstellen, Kinderbettstellen, Waschkommoden, Sofa, Herd, großer Koffer, Sportwagen, Klappwagen,
preiswert zu verkaufen.
F. Blume, Schillstr. 5.

Für sofort eine
Aushilfe
oder tüchtiges, zuverlässiges 3308
Mädchen
für dauernd gesucht.
Bahnhofstr. 29, 1. Etg.

Ordentliches p3323
Morgenmädchen
für sofort gesucht.
Zu melden bei **Herrmann** Kämerstraße 25.

Für sofort ein
Lehrling
gesucht. 3310
August Gerdes,
Stuckgeschäft, Kamen.

Eine milchgebende
Kuh
zu verkaufen. p3328
Näheres in der Geschäftsst. der Kamener Zeitung.

Geschäftsbücher
Tagebücher,
Kassabücher,
Hauptbücher,
Kopierbücher usw.,
in großer Auswahl vorrätig, empfiehlt die
Buchhandlung der Kamener Zeitung
Weststraße 10.

Die Besoldung der Philologen.

Bismarck hat einmal gesagt: „Die Erfolge der nationalen Entwicklung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minorität der Gebildeten, die das Land enthält; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer ist und deren Heilung langwierig." Eine solche Verstimmung eines großen und in seinem Einflusse nicht unbedeutenden Teiles der gebildeten Minorität droht einzutreten. Das beweisen die Reden und Entschließungen des Vertretertages des deutschen Philologenverbandes in Jena (17. bis 19. Mai 1921). Dort ist als selbstverständliche Forderung erhoben worden: „Der Philologe kann die Besserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse und die Erhöhung seines gesellschaftlichen Ansehens, die mit dem Aufsteigen in höhere Gehalts-Klassen verbunden sind, so wenig entbehren wie andere Beamte. Es müssen daher alle Besoldungsgruppen, die für die Richter und die anderen Beamten des öffentlichen Dienstes erreichbar sind, in gleichem Umfange auch für die Philologen erreichbar sein." Warum das notwendig ist und wie die Philologen durch das neue Besoldungsgesetz in der empfindlichsten Weise benachteiligt worden sind, wird neuerdings von Boyen in seiner Schrift „Die Besoldung der Philologen" (Schriftenreihe des Preußischen Philologenverbandes Nr. 1, im Buchhandel zu beziehen, Preis 2,50 Mark) unter Beibringung eines reichen Zahlenmaterials in übersichtlicher Form und in klarer Sprache überzeugend nachgewiesen. Die Philologen teilen ja das Schicksal der gesamten Beamtenschaft, daß ihre Gehälter der allgemeinen Geldentwertung gänzlich unzureichend gefolgt sind, und sie beziehen wie alle höheren Beamten keine das Dreifache ihrer Friedensgehälter, worauf jetzt wieder besonders hingewiesen werden muß, nachdem selbst der Reichskanzler den augenblicklichen Wert der Papiermark auf weniger als einen Groschen bewertet, also die Verzehnfachung der Teuerung zugegeben hat. Darüber hinaus aber sind die Philologen noch ganz außerordentlich benachteiligt durch das Fehlen von Besoldungsstellen, die ihnen ein Aufrücken in eine höhere Gehaltsklasse, wie sie bei jedem Beamten vorgesehen ist, ermöglichen. Nur ein Drittel der Direktoren rückt nach Gruppe XII auf, während die ihnen zustehende Beförderungsklasse für alle XII sein müßte; und daß die Dezernenten des Provinzialschulkollegiums, der obersten Provinzialbehörde, in derselben Gruppe XII hängen bleiben, ist vollends ein unhaltbarer Zustand, wie im Vergleich zu anderen Beamtengruppen in Bolens vorzüglicher Schrift nachgewiesen wird. Hier können auch die Vorurteile über angeblich geringfügige dienstliche Belastung der Philologen auf ihre Haltlosigkeit an Hand der tatsächlichen Verhältnisse und der Urteile führender Männer der Pädagogik und Medizin noch geprüft werden. Die statistischen Zahlen zu der Lebenserwartung der Philologen reden eine ernste Sprache. Die Verstimmung in den Kreisen der Lehrer an höheren Schulen, denen Ausbildung und Erziehung der Jugend obliegt, die einmal die leitenden Stellungen im Staatsleben einnehmen soll, darf nicht aufkommen. Das haben auch die Parteien der Preußischen Landesversammlung erkannt und Anträge und Anfragen eingebracht, die zum Ziele haben, den Philologen zu einer gerechten Behandlung zu verhelfen. Nicht in allen Ländern des deutschen Reiches haben die Philologen eine solche Enttäuschung hinsichtlich ihrer billigen Forderungen erfahren, wie in Preußen. Die Angelegenheit muß endlich zum Abschluß gebracht werden, damit die Benachteiligung der Philologen sich nicht wie eine ewige Krankheit fortpflanzt. Die brennenden Fragen der Schulreform und des gesamten Schullebens leiden darunter, wenn die Lehrer der höheren Schulen im Ringen um ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbstbehauptung ihre Kräfte vergeuden.

Der Kuckuck.

Ein Gerichtsvollzieher schreibt der „Köln. Ztg.": Die Chinesen haben den Mut gehabt, ihre Zöpfe abzuschneiden, das deutsche „jus" kann sich dazu nicht immer aufschwingen. Um nur einen dieser Zöpfe vorzuführen: die Siegelmarke, im Volke der Kuckuck genannt, bildet a) eine Schädigung des Kredits, b) eine unnötige Härte und Verärgerung des anständigen Schuldners, c) eine Gefühlsverletzung. Und das alles, wozu? In keinem Lande Europas besteht eine solche Einrichtung; die Siegelmarke wird durch die Unterschrift des Schuldners im Protokoll ersetzt, und dadurch wird der Zweck der Pfändung völlig erreicht. Der Gerichtsvollzieher, der heute den Kuckuck ankleben muß, leidet persönlich darunter, denn er, der nur seine Pflicht als Beamter tut, ist an sich schon der beschimpfte Mensch; seine Aufgabe als Beamter ist so schwierig, weil er die Verbindung zwischen dem Richter und dem Publikum herzustellen hat. Das Ankleben der Siegelmarke ist ein physischer Moment, der je nach Temperament, Stand, Erziehung des Schuldners Schamverletzung und Aerger hervorruft, und der Gerichtsvollzieher, wenn er auch stumm seine Pflicht tun muß, empfindet es hart, wenn er unter den heutigen Verhältnissen sein veranlagte Menschen kränken muß, ohne in der Lage zu sein, seiner Pflicht eine gemilderte Form zu geben. Die Zwecklosigkeit des Kuckucks ist praktisch dadurch dargetan, daß vielfach das Pfandsiegel abgerissen wird, ohne daß man den Schuldner fassen kann; denn das Siegel kann abgefallen sein, auch wird sich nur selten ein Gerichtsvollzieher finden, der Anzeige erstattet, denn sein Herzenstakt verbietet es ihm, den bedrängten Schuldner noch weiterhin zu schädigen.

Nach der Gesetzgebung gilt nach Anlegung des Siegels die Pfändung als getätigt, aber diese Tätigung kann durch das Protokoll, also die Aufführung der Pfandstücke und die Unterschrift des Schuldners, leicht ersetzt werden. Es ist Sache der obersten Justizverwaltung, einem berechtigten Wunsche, der nicht nur aus den Reihen der Gerichtsvollzieher, der Handels-, Landwirtschafts- und Rechtsanwaltskammern, sondern auch aus den breiten Schichten des Volkes heraus entsprungen ist, bei der Vorlage der zu erwartenden neuen Zivilprozeßordnung Rechnung zu tragen.

Brauchen wir ausländische Hüte?

Aus Kreisen der deutschen Hutindustrie wird der Deutschen Hutmacher-Zeitung geschrieben: Der deutsche Wollhut dominierte schon vor dem Kriege nicht nur in Deutschland, sondern in allen Erdteilen. Was die deutsche Haarhut-Industrie anlangt, so ist zu sagen: Obgleich während des Krieges durch den Mangel verschiedener Rohstoffe der deutsche Haarhut nicht mehr der gleiche war, wie vor dem Kriege, so hat doch der Fachmann durch mancherlei Versuche immerhin noch einen guten, tragfähigen Hut herausgebracht, mit dem wir unter den damaligen Verhältnissen zufrieden sein konnten. Durch die Beschlagnahme der Wolle mußten einzelne Betriebe sich immer mehr auf die Fabrikation von Haarhüten verlegen, und diesem Umstand ist es in erster Linie zu danken, daß die deutsche Haarhutindustrie ganz riesige Fortschritte gemacht hat. Neben der Herstellung von billigen Qualitäten wurde in den Jahren nach der Revolution von einigen altbekannten und altbewährten Haarhutfabriken sehr bald wieder der gute und erstklassige Haarhut gebracht wie früher. Und heute darf man mit Stolz sagen, daß der feine deutsche Haarhut dem Auslandsfabrikat nach jeder Richtung hin ebenbürtig ist und dieses zum Teil sogar übertrifft. Rings von „Sanktionen", von der Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens bedroht, wird es keinem Deutschen schwer fallen, sich darauf zu besinnen, daß es Unrecht an der eigenen Volkswirtschaft ist, wenn wir feindliche Industrien, die wir gleichwertig im eigenen Lande haben, durch den Kauf ihrer Erzeugnisse unterstützen. Das darf nicht sein. Heute gilt mehr denn je der kategorische Imperativ: Deutsche, kauft nur deutsche Erzeugnisse.

Die „Karriere" eines Kriegsmillionärs.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann am Freitag der Prozeß gegen den ehemaligen Chauffeur Edmund Preyll aus Hamburg, dessen Verhaftung im September 1920 größeres Aufsehen erregte. Die auf gewerbsmäßige Hehlerei lautende Anklage legt dem Angeklagten zur Last, mit einer großen Anzahl von Einbrüchen im Berliner Westen und in Charlottenburg in Verbindung zu stehen, bei denen es die Täter namentlich auf echte Perserteppiche und Gold- und Silbersachen abgesehen hatten. Der Angeklagte hat ein recht wechselvolles Leben hinter sich. Während des Krieges war er Chauffeur des damaligen Vizepräsidenten des Reichstags, Payer. Zu gleicher Zeit betrieb Preyll mit einer unter dem Namen „Asta" bekannten Prostituierten in einem Keller in der Wilhelmstraße 5a eine Schlagsahnefabrik. Da die „Schlagsahne" aus Leim, Gelatine, Quillajasaft und Wasser bestand, warf dieses Geschäft, das mit 500 Mk. gegründet war, in wenigen Monaten einen Verdienst von 225 000 Mk. ab. Wie die Anklage behauptet, soll sich Preyll mit diesem Gelde als Engroshehler betätigt und in kurzer Zeit etwa eine Million Mark verdient haben. Im Oktober kaufte er die Villa des früheren Oberstaatsanwalts in Düsseldorf für 220 000 Mk., um darin einen Spielklub einzurichten, der ihm, ehe er ausgehoben wurde, ebenfalls Hunderttausende Mark einbrachte. Mit diesem Gelde kaufte der Angeklagte in Hamburg eins der größten öffentlichen Häuser, das ihm in jeder Nacht 15 000 Mark einbrachte. Schließlich betrug das Vermögen des ehemaligen Chauffeurs etwa vier Millionen Mark. Da er die Hehlereigeschäfte trotzdem weiter betrieb, wurde die Kriminalpolizei schließlich auf ihn aufmerksam und nahm eine Haussuchung vor, bei der neben 17 wertvollen Perserteppichen mehrere Koffer mit Silber- und Goldsachen beschlagnahmt wurden. Preyll, der gegen eine hohe Kaution auf freiem Fuße belassen worden war, bestreitet jede Schuld, so daß zahlreiche Zeugen von außerhalb geladen werden mußten.

Die Verhandlung mußte jedoch vertagt werden, da die Rechtsanwälte Dr. Frey und Harry und Kurt Pincus unter Bezugnahme auf das Gutachten des Hamburger Gerichtsarztes Professor Dr. Reuter geltend machten, daß Preyll, der im Kriege einen Stich in den Kopf erhalten hatte, an schweren Krampfanfällen leide und zurzeit nicht verhandlungsfähig sei. Das Gericht mußte deshalb die Verhandlung vertagen.

•

— **Wer viel fragt.** „Mutti, warum hat Papa keine Haare?" — „Weil er so viel denkt, mein Liebling." — „Aber, warum hast du denn so viel Haare, Mutti?" — „Weil — mach, daß du fortkommst und mach deine Schularbeiten."